

Unterrichtung

Hannover, den 22.06.2023

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Beschlüsse zu Eingaben im 8. Tagungsabschnitt

Der Landtag hat folgende Beschlüsse zu Eingaben gefasst:

1. Zu Gesetzen:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/1145

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung -
Drs. 19/1616 Nr. 3

00311/06/19, Vereinfachte Regelung für ehrenamtliche Vereine zur Bewilligung von Veranstaltungen in Scheunen und Hallen:

Die Eingabe wird mit dem Abschluss der Beratung des Gesetzentwurfes für erledigt erklärt.

2. Zu Anträgen:

Keine

3. Zur 4. Eingabenübersicht

Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses - Drs. 19/1585

03468/11/17, Senkung des Wahlmindestalters auf 16 Jahre:

Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

03482/11/17, Senkung des Wahlmindestalters auf 16 Jahre:

Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

00036/11/18, Änderung des Landeswahlgesetzes; Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre:

Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

01623/11/18, Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes:

Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

- 01998/11/18**, Senkung des Wahlmindestalters auf 16 Jahre:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 02170/11/18**, Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz für Niedersachsen:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 02603/11/18**, Informationsfreiheitsgesetz:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 02684/11/18**, Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes in Niedersachsen:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 02913/11/18**, Einführung eines Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetzes:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03271/11/18**, Informationsfreiheitsgesetz für Niedersachsen:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03489/11/18**, Anerkennung eines im Ausland erworbenen Lehramtsabschlusses:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03489/11/18-001**, Anerkennung eines im Ausland erworbenen Lehramtsabschlusses:
Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen. Im Übrigen ist die Einsenderin über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03301/11/18**, Behandlung und Lagerung von Abfällen einer Bauschuttrecyclinganlage:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03325/11/18**, Aberkennung der Nds. Landesmedaille und Versorgung durch das Land Niedersachsen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03374/11/18**, Vorschläge zu Zugangsvoraussetzungen zum Studium der Sozialarbeit und der Sozialpädagogik:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03380/11/18**, Versorgungsausgleich; Höhe des Kürzungsbetrages:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03428/11/18**, Verbot des Einsatzes von synthetischen Dolly Ropes in der Fischerei im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03476/11/18**, Änderung des NKitaG; Abschaffung der Beiträge für den Besuch der Krippe:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03505/11/18**, Einführung eines Registers für Haustiere:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

- 03527/11/18**, Rundfunkbeitrag; nutzungsabhängige Gebührenerhebung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03528/11/18**, Beschwerde über das Verhalten der Ausländerbehörde sowie der Polizei im Zusammenhang mit der Abschiebung einer afghanischen Familie:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03547/11/18**, Forderungen nach Maßnahmen zum Opferentschädigungsgesetz (OEG):
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03547/11/18-001**, Forderungen nach Maßnahmen zum Opferentschädigungsgesetz (OEG):
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03547/11/18-002**, Forderungen nach Maßnahmen zum Opferentschädigungsgesetz (OEG):
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03547/11/18-003**, Forderungen nach Maßnahmen zum Opferentschädigungsgesetz (OEG):
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03547/11/18-004**, Forderungen nach Maßnahmen zum Opferentschädigungsgesetz (OEG):
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03547/11/18-005**, Forderungen nach Maßnahmen zum Opferentschädigungsgesetz (OEG):
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03556/11/18**, Einkommenssteuerrecht; Anerkennung von geschlechtsspezifischen Ausgaben durch niedersächsische Finanzämter:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03561/11/18**, Unterbringung im Maßregelvollzug:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03565/11/18**, ÖPNV; Verbesserung der Anbindung der Samtgemeinde Zeven an den öffentlichen Personennahverkehr:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03566/11/18**, Justizvollzug;
a) medizinische Betreuung
b) Bitte um Verlegung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03569/11/18**, Anregungen zum Ausländerrecht; u.a. Abschiebung von Personen, die sich in Schul- oder Berufsausbildung befinden:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03570/11/18**, Einführung eines Housing First Konzeptes für Wohnungslose:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03571/11/18**, Beschwerde über die Bearbeitung einer Eingabe an das Nds. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03574/11/18**, Versagung der Wohnbauförderung durch die NBank:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

03576/11/18, EMAS-Zertifizierung für landeseigene Unternehmen / Betriebe:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

03580/11/18, Justizvollzug;
a) Zustand des Haftraumes sowie des Flures vor dem Haftraum
b) ärztliche Versorgung
c) Zuteilung von Arbeit
d) Datenschutz
e) Verpflegung
f) Ausgabe von Hygieneartikeln und Reinigungsgeräten:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

03581/11/18, Auszahlung des Corona-Pflegebonus für Mitarbeitende im KRH Klinikum Neustadt am Rübenberge:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

03590/11/18, Justizvollzug: Beschwerde über die Haftbedingungen / Unterbringung:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

00006/11/19, Organisation bzw. Rekommunalisierung des ÖPNV:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

00024/11/19, Anrechnung von Renten auf Pensionsbezüge:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

00025/11/19, Einführung einer pauschalen Beihilfe für Landesbeamte:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

00032/11/19, a) Anregung zur Durchführung der Expo 2035 in Hannover
b) Einführung von Stadtbahnen in den Städten Wolfsburg und Osnabrück
c) Erweiterung des Naturparks Süntel:
Der Landtag hat die nicht näher begründeten Anregungen und Wünsche des Einsenders, die nicht auf ein eigenes Handeln des Landtages zielen, sondern ein Verwaltungshandeln anstreben, zur Kenntnis genommen. Er weist auf die Möglichkeit hin, diese in den dafür vorgesehenen Verfahren und gegenüber den zuständigen Stellen geltend machen zu können.

00041/11/19, Regelungen zur Haltung gefährlicher Hunde:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

00055/11/19, Beschwerde über das Verhalten einer Mitarbeiterin des Fachbereiches Jugend und Familie der Stadt Hannover:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

00069/11/19, Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens an Schulen:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

00073/11/19, Hochschulforschung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

00080/11/19, Beschwerde über das Verhalten der Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

- 00083/11/19**, Beschwerde über das Bauamt des Landkreises Göttingen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 00107/11/19**, Besoldungsrecht; Gewährung des Familienzuschlages der Stufe 1 während der Ableistung eines Bundesfreiwilligendienstes (FSJ):
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 00108/11/19**, Berücksichtigung der Belange älterer Menschen bei Städtebauförderungsmaßnahmen und Förderung der Betreuungsmaßnahmen für ältere Menschen:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 00122/11/19**, Aufnahme der Öl-, Gas- und Stromentgelte in das Nds. Kommunalabgabengesetz (NKAG):
Die Einsender sind über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 00134/11/19**, Übernahme von Beiträgen für Beamte in der gesetzlichen Krankenversicherung:
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 00149/11/19**, Beihilfegewährung für Kinder niedersächsischer Beamtinnen und Beamter im Zusammenhang mit der Ableistung eines Bundesfreiwilligendienstes (FSJ usw.):
Der Einsender ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 00192/11/19**, Pflegeversicherung; Beantragung und Feststellung des Pflegegrades:
Die Einsenderin ist über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03595/11/18**, Beschwerde über Kabelfernsehen-Anbieter:
Die Eingabe wird für erledigt erklärt, weil dem Anliegen des Einsenders entsprochen worden ist.
- 03465/11/18**, Beschwerde gegen die Festlegung des örtlichen Bodenrichtwertes:
Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für das Anliegen der Einsender zu verwenden. Im Übrigen sind die Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 00064/11/19**, Überprüfung einer Rentenkürzung der AOK Niedersachsen:
Der Landtag sieht keine Möglichkeit, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden. Im Übrigen ist der Einsender über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.
- 03234/11/18**, Forderungen an das Land Niedersachsen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine:
Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.
- 03235/11/18**, Bitte um Distanzierung des Landes Niedersachsen von Herrn Gerhard Schröder:
Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.
- 03583/11/18**, Beschwerde in datenschutzrechtlicher Angelegenheit:
Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.

00023/11/19, Justizvollzug;

a) Resozialisierungsmaßnahmen

b) Gestaltung des Vollzugsplanes

c) Verhalten von Mitarbeitern

d) Arbeitsweise des Justizministeriums:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.

00156/11/19, Justizvollzug: Verhalten von Justizvollzugsbediensteten:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.

00157/11/19, Beschwerde über die Staatsanwaltschaft Osnabrück im Zusammenhang mit der Begutachtung zur Geeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.

00158/11/19, Beschwerde über das Verhalten verschiedener Stellen im Zusammenhang mit der Bitte um Durchführung eines Schlichtungsverfahrens:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.

00161/11/19, Beschwerde über das Verhalten verschiedener Stellen im Zusammenhang mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde und der Erhebung einer Richteranklage:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden.

01805/11/18, Einführung des 8. Mai als Feiertag:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen des Einsenders zu verwenden. Im Übrigen soll die Stellungnahme des Fachministeriums dem Einsender übersandt werden.

01805/11/18-001, Einführung des 8. Mai als Feiertag:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden. Im Übrigen soll die Stellungnahme des Fachministeriums dem Einsender übersandt werden.

00001/11/19, Prüfung der Zuweisung von Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege im Landkreis Leer:

Der Landtag sieht keinen Anlass, sich für das Anliegen der Einsenderin zu verwenden. Im Übrigen soll die Stellungnahme des Fachministeriums dem Einsender übersandt werden.